



## SPD-Gemeinderatsfraktion

Martina Trunzer  
Suhler Weg 5  
74906 Bad Rappenau

Tel. (07264) 3415  
trunzer@spd-badrappenau.de  
www.SPD-BadRappenau.de

Bad Rappenau, 21. Mai 2010

### Die Mitglieder der SPD-Fraktion stellen hiermit folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung möge bis spätestens zu den Haushaltsberatungen 2011 verschiedene Modelle für **einkommensabhängige Kinderbetreuungsgebühren** vorstellen. Dann möge der Gemeinderat darüber beraten, ob bei der Berechnung der Elternbeiträge für Einrichtungen in Bad Rappenau eine Sozialstaffelung nach dem Familieneinkommen (in Ergänzung zur Kinderzahl) eingeführt werden kann.

#### **Begründung:**

Bildung fängt bereits im Kindergarten an.

Kaum jemand bestreitet heute mehr, dass das Fundament für eine erfolgreiche Erziehung und Bildung nicht erst mit der Einschulung gelegt wird, sondern früher. Deswegen ist es eine sozialdemokratische Forderung, dass der Kindergarten die Eltern nichts kosten darf.

Doch leider sind wir im Land Baden-Württemberg politisch nicht so weit, die Reaktion des Landes auf unsere Resolution zeigt dies deutlich. Das Land lässt die Kommunen, was die laufenden Betriebskosten angeht, weitgehend allein. Deshalb können wir aus finanziellen Gründen leider nicht auf die Elternbeiträge bzw. Kindergartengebühren verzichten. Daher halten wir es für nötig, diese einkommensabhängig zu gestalten.

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache!

Der Geldbeutel der Eltern darf nicht den Ausschlag geben, ob ein Kind in die Kindertagesstätte gehen kann oder nicht. Für Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind die Betreuungsgebühren neben den hohen Lebenshaltungskosten oft sehr belastend.

Seit 2006 sind Kinderbetreuungskosten bis zu 4000 € im Jahr von der Steuer absetzbar. Was zunächst gut klingt, ist gut für jeden, der viel Steuern zahlt.

So kann zum Beispiel eine Familie, die 42% Einkommenssteuer zahlen muss, 42% ihrer KiTa-Gebühren absetzen. Das wären bei 100 € Kita-Gebühren 42 € weniger. Eine Familie, die lediglich einen Steuersatz von 20 % hat, bekommt demnach bei 100 € KiTa-Gebühren lediglich 20 € im Monat angerechnet. Das bedeutet, der Kindergarten ist für Besserverdienende billiger als für die Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen. Das Gleiche gilt für den Kinderfreibetrag. Das ist sozial ungerecht!

In vielen anderen Städten und Gemeinden wird deshalb eine Sozialstaffelung vorgenommen. Es funktioniert z.B. in Eppingen, Heidelberg, Reutlingen, Nordheim und zahlreichen anderen Gemeinden. Warum soll das bei uns nicht funktionieren?

Für die SPD-Fraktion  
Martina Trunzer

